

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag.a Karin Greiner,
Genossinnen und Genossen

betreffend Klimaschutzgesetz endlich vorlegen

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über den
Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2023 (III-1161/2708 d.B.) – TOP 6**

Das Wiederinkrafttreten der europäischen Fiskalregeln reduziert laut Rechnungshof „*den Spielraum für notwendige Reformen in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie für erforderliche Klimaschutzmaßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen weiter. Gerade die letztgenannten Reformen wären aus Sicht des RH wesentlich für die Erreichung der diesbezüglichen europäischen Zielvorgaben*“.¹

Umso wichtiger wäre es daher, einen verlässlichen Rechtsrahmen für die Erreichung der Klimaziele in Form eines Klimaschutzgesetzes vorweisen zu können. Ein solches fehlt aber seit über 1.300 Tagen auf Grund der gegenseitigen Blockade von ÖVP und Grünen.

Mit verheerenden Folgen. Einerseits wird durch die Versäumnisse der Bundesregierung wertvolle Zeit zur Erreichung der Klimaziele verloren – jeder Tag, der ohne Klimaschutzgesetz vergeht, kann mit Blick auf die drohende Klimakatastrophe, als verlorener Tag bezeichnet werden. Denn damit gibt es weder gesetzliche Klimaziele, noch Möglichkeiten Maßnahmen in anderen Bereichen anhand von klar definierten Kriterien auf Wirksamkeit und Effizienz zu prüfen. Österreich befindet sich somit im klimapolitischen Blindflug. Andererseits wird auch auf EU-Ebene die Situation rund um das ausstehende Gesetz zunehmend brenzlig, weil Österreich damit seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das bedeutet nicht weniger, als den Verlust mehrerer Milliarden Euro, die Österreich als Strafzahlungen nach Brüssel zahlen wird müssen. Schätzungen – u.a. des Rechnungshofs – gehen von 4,6 bis zu 9,2 Milliarden Euro aus, die das fehlende Handeln der Regierung den Steuerzahler:innen kosten wird. Ein Umstand, der angesichts eines Rekorddefizits wie blanke Hohn klingt.

Wir treten für die Schaffung eines wirkungsvollen, sozial gerechten und umfassenden Klimaschutzgesetzes ein. Unsere Zukunft und jene unserer Kinder und Kindeskinder ist nur auf einem gesunden Planeten, mit intakter Umwelt und Natur möglich. Dafür braucht es aber das entschlossene Vorgehen der Bundesregierung, die das Klimaschutzgesetz vor nunmehr viereinhalb Jahren im Regierungsprogramm angekündigt, dieses aber bis heute nicht umgesetzt hat.

¹ Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2023 - Kurzfassung, S. 15

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Vorlage zur Schaffung des im Regierungsprogramm versprochenen Klimaschutzgesetzes zuzuleiten, sodass noch heuer der dringend notwendige Beschluss gefällt werden kann.“


(GREINER)


(KRAL)


(HERR)


(STÖCKL)


HÖCHSTÖTTER